

Planen mit den Bürgern

Positionspapier zur Entwicklungsplanung Südliche Innenstadtweiterung

Alarmiert durch die Absicht des Landes NRW, im Kölner Süden auf dem Gelände der ehemaligen Dombrauerei den Neubau eines Justizzentrums anzusiedeln, haben sich Initiativen und engagierte Einzelpersonen zum Bürger Netzwerk Südliche Innenstadtweiterung zusammengefunden.

Uns eint das Interesse, den neu entstehenden Stadtteil zwischen Rhein und Südstadion, rund um das Gelände des Großmarktes, in den kommenden Jahren bürgerschaftlich mitzugestalten.

Wir wollen ein lebendiges Quartier

In dem neuen Stadtteil soll aus unserer Sicht gleichzeitig gewohnt, gearbeitet und freie Zeit gelebt werden können. Ein neues Quartier sollte die Viertel Bayenthal, Raderberg, Zollstock und Südstadt miteinander verbinden. Es muss mit Blick auf die Zukunft ganzheitlich nach Gesichtspunkten ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit geplant werden, denn die Herausforderungen von Klimawandel und demographischer Entwicklung stellen neue Ansprüche an Raumplanung, Bausubstanz und soziales Miteinander.

Wir schlagen vor:

- Eine Durchmischung der Nutzungen und Bewohnerstruktur
- Bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum
- Fortsetzung des Grüngürtels und integrierte Gemeinschaftsgärten
- Öffentliche und nicht kommerzialisierte Frei- und Erholungsräume
- Einrichtungen zu Kinderbetreuung und Schulen
- Intelligente Mobilitäts-, Energie-, und Abfallkonzepte
- Nahversorgung u.a. mit Nutzung der Großmarkthalle

Ja zu ESIE

Ein solcher Stadtteil kann nicht durch kleinteilige Planung realisiert werden. Wir begrüßen ausdrücklich die Intention der bisherigen städtischen Stadtentwicklungsplanung. Das von der Stadt entwickelte Konzept (ESIE, s. umseitig) sieht für die südliche Innenstadtweiterung vor, das komplette Gebiet in einer Gesamtschau zu erfassen.

Nein zum Justizzentrum

Dagegen konterkariert das von der Kölner Niederlassung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs des Landes NRW (BLB) offensiv betriebene Vorhaben, auf dem Gelände der Dombrauerei-Brache die Kölner Gerichte in einem „Justizcampus“ zusammenzufassen, die Idee eines lebendigen Quartiers. Ein solcher Komplex auf dem Gelände der ehemaligen Dombrauerei würde sich wie ein Keil zwischen die Stadtteile Bayenthal und Südstadt schieben, anstatt sie zu verbinden. Ein Justizzentrum an dieser Stelle widerspricht allen bisherigen Planungen.

Wir fordern deshalb

Oberbürgermeister Roters, die Mitglieder des Kölner Rates, die Kölner Stadtverwaltung und die Kölner Landtagsabgeordneten auf:

- die Interessen der Kölner Bürger offensiv zu vertreten,
- gegen die Planungen des Landes für ein Justizzentrum in Bayenthal Einspruch zu erheben, damit alle diesbezüglichen Planungen eingestellt werden,
- durch einen zeitnahen Aufstellungsbeschluss einen dem Entwicklungskonzept (ESIE) entsprechenden Bebauungsplan einzuleiten, um die städtische Planungshoheit zu sichern.

Brisanz

Aus unserer Sicht besteht die Gefahr, dass nicht umkehrbare Tatsachen geschaffen werden. Zwar hat die Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen) bereits im Juni 2012 den mehrheitlichen Beschluss gefasst, die Ansiedlung des Justizzentrums abzulehnen. Doch fand dies keinen Eingang in den Ratsbeschluss vom 20. September 2012, mit dem die Vorbereitende Untersuchung (VU) des Entwicklungskonzepts (ESIE) abgeschlossen und einstimmig angenommen worden ist. Der Ratsbeschluss spiegelt auch nicht wider, dass der BLB die Stadtspitze und Ratsmitglieder bereits im April 2012 formell über seine Absichten informiert hat. Dies ist umso brisanter, als der Sprecher des BLB Köln lt. Kölner Stadtanzeiger v. 14.03.2013 eine Entscheidung des Landes über den Neubau kurzfristig bereits bis Ende März 2013, spätestens in der zweiten Jahreshälfte erwartet.

Ein kooperativer Planungsprozess für Köln

Wir möchten als Bürger mit unseren Bedürfnissen, Wünschen und Kompetenzen wahrgenommen werden. Wir fordern ein demokratisches und transparentes Planungsverfahren unter umfassender Beteiligung der Bevölkerung. Die Entwicklung des Stadtteils erfordert intelligente Konzepte unter ganzheitlichen und nachhaltigen Gesichtspunkten. Hierzu muss von Beginn an ein kooperativer Dialog zwischen Verwaltung und Bürgern auf Augenhöhe eingeleitet und etabliert werden. Zur Verwirklichung dieser Zusammenarbeit ist die Einrichtung einer ‚Planwerkstatt vor Ort‘ erforderlich.

„Die städtebauliche Neuordnung der Siedlungsflächen und ihre zukünftigen Architekturen sollten eine qualitätsvolle und für das klimagerechte Planen und Bauen im 21. Jahrhundert beispielgebende Ausführung erlangen“ heißt es in der Beschlussvorlage 3799/2011 des OB für den Rat zum Entwicklungskonzept Südliche Innenstadtweiterung.

Da simmer dabei !

Bürgernetzwerk südliche Innenstadtweiterung (BÜSIE)

Ein Zusammenschluss von Kölner Bürgern u. Initiativen: • Allgemeiner Bürgerverein Köln-Zollstock e.V. • Arbeitskreis Bildung & Erziehung (ak:be) bei attac Köln • Bürgerinitiative Südliche Altstadt (BISA) • Bürgerverein Bayenthal-Marienburg e.V. • Initiative: Mehr Gesamtschulen in Köln (I:mgik) • Kölner NeuLand e.V. • Meine Südstadt • Natur, Bildung u. Soziales, Bürger informieren Bürger e.V. (NABIS e.V.) • Netzwerk BÜRGER für BÄUME

Entwicklungs- konzept südliche Innenstadt- Erweiterung (ESIE)

Definition des Areals

„... Das rund 100 Hektar große Untersuchungsgebiet erstreckt sich südlich des innerstädtischen Eisenbahnringes vom Rhein bis zum Höniger Weg und wird im Süden begrenzt durch den Straßenzug Schönhauser Straße, Marktstraße, Bischofsweg, Am Vorgebirgstor in Bayenthal, Raderberg und Zollstock. Zusätzlich wurde das weitere Gebiet bis zur Luxemburger Straße untersucht, um den Anschluss an den Inneren Grüngürtel zu klären. Innerhalb des Untersuchungsgebietes befinden sich:

- der Kölner Großmarkt (bis 2020)
- der ehemalige Güterbahnhof Bonntor und
- das Areal der früheren Dom-Brauerei an der Alteburger Straße...“

Quelle: <http://www.stadt-koeln.de/4/stadtentwicklung/09942/>

Beschlussvorlage ESIE 3799/2011 und Beschlusslage

Hier Protokolle und Beschlüsse des Rates, aller Ratsausschüsse sowie Bezirksvertretungen 1 (Innenstadt) und 2 (Rodenkirchen) hinsichtlich der Vorbereitenden Untersuchung gem. §141 BauGB und ESIE in Bayenthal/Raderberg/Zollstock

Quelle: http://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=29956

